

Teure „Milli“, grünes Gericht

SPiegel-Reporter Hans-Joachim Noack über den Baustopp am Kernkraftwerk Ohu 2

Nix mehr Arbeit, Kontrakt erledigt, alles kaputt“, sagt der Serbe Marko und massiert dabei seinen Kehlkopf, als könne er so mehr an Sprache hervorholen. Er würde die Lage gerne erklären, aber er hat seine Schwierigkeiten. Immer wenn er erregt ist, „immer wenn richtig beesse“, steht ihm „nix viel Deutsch“ zu Gebote.

Feierabend für Marko, Aleksander, Stipe und Bogdan, die Eisenschleifer. Erst wenige Monate zuvor sind sie von ihrem händelnd um die Besetzung dieser knochenharten Jobs bemühten Vertragspartner aus einem Dorf bei Sarajewo gelockt worden. Jetzt hat es nur weniger Tage bedurft, sie wieder loszuwerden.

Der in der Produktion von Tarnvokabeln phantasievolle Arbeitsmarkt bezeichnet so etwas als Freisetzung: vor den Gittertoren einer stacheldrahtbewehrten Großbaustelle nahe der niederbayerischen Gemeinde Ohu vier Jugoslawen, wie sie auf ihren Koffern und Kartons hockend verharren.

Kontrakt erledigt, Aufenthaltserlaubnis perdu, also weg hier, nach Hause, erst mal irgendwie ab nach München. „Fährst du hin?“ fragt Stipe, während er trotzig einen Schneeball knetet; er will auch gut bezahlen dafür. Von München Hauptbahnhof aus, hat er noch vage im Kopf, wird es wohl einen Nachtbus zurück in die Heimat geben.

Momentaufnahme eines Lohnabhängigen-Schicksals, die dem Arbeitgeber normalerweise mißfallen müßte, weil sie dem Image nicht förderlich sein kann. Doch jener in Ohu – Verbund von fünf kapitalstarken Firmen, dem Aktiengesellschaften wie die Kraftwerk Union oder das Bayernwerk angehören – leidet in Anbetracht solcher Härten ja selbst, wie man von einem der Oberbauleiter erfährt. Das ist es, was den Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Beuerle allem anderen voran „so fürchterlich“ mitnimmt: „Das unerhört Menschliche, das hier nun aufbricht.“

Verkehrte Fronten in einem Fall von Massenentlassungen auf der Baustelle eines Kernkraftwerks („Ohu 2“) in den Isarauen. Rundum anderthalbtausend Arbeitnehmer sollen dort bis Ende Februar ihre Anstellung verlieren. Aber während sich etwa die IG Bau-Steine-Erden darüber fast bis zur Sprachlosigkeit zurückhält, sind es die Unternehmer, die unablässig als den wahren Skandal „die soziale Komponente“ beschwören.

Seit es Mitte Januar die V. Kammer des Verwaltungsgerichts Regensburg gewagt hat, der von einer Bäuerin namens Franziska Beck betriebenen „Anfechtung der 1. Teilgenehmigung zur Errichtung des Kernkraftwerks...“ stattzu-



Demonstrierende Belegschaft: „Das unerhört Menschliche, das hier nun aufbricht“

geben, läuft in der davon betroffenen Region ersichtlich manches verquer, stimmen die gewohnten Bezüge nicht mehr. Da springt der Schulteranschluß von Bossen, Basis und Boulevardpresse ins Auge.

Eine Demonstration der Belegschaft vor dem Rathaus im benachbarten Landshut wird von Beuerle nicht ohne innere Bewegung als „überaus sehenswert“ nachgezeichnet. Die Maurer, Zimmerleute, Betonmischer, Eisenbieger oder Isolierer ihrerseits sind „der Leitung noch nie so nahe gewesen“, wie beim Bier in der Werkskantine ein Polier mit Hingabe bekundet.

„Ich war in Ohu – ich sah die Männer weinen“: eine Schlagzeile in „Bild“, die ihre Kraft erst voll entfaltet, wenn sich der Leser dazu die ergänzende Enthüllung in der Münchner „tz“ zu Gemüte führt: Eine Bäuerin dürfe „1200 Arbeiter nach Hause schicken“, und „1 500 000 000 Mark sind nun kaputt“, weil die Qualität der Produkte ihrer zehn Kühe, „die Milli“, vom Gericht als gewichtiger veranschlagt worden sei.

Bei einer so pointierten Aufbereitung kann es nicht ausbleiben, daß die Klägerin, deren Weiden ziemlich nahe an die Baustelle angrenzen, jetzt um ihr Leben fürchtet. Immerhin steht sie nach einer Serie von Drohbrieffen und peinigenden Telefonanrufen bis auf weiteres unter Polizeischutz.

Zumindest nach Ansicht der 126 Unterzeichner eines Glückwunschscheibens an die streitbare Frau („Wir danken

Ihnen... für uns und unsere Kinder“) ist in Landshut und Umgebung ein regelrecht „faschistoides Klima der Aufhetzung“ (Brieftext) erzeugt worden, und zwar unter Mitwirkung von Politikern und Journalisten.

Das mag übertrieben sein. Andererseits schätzt der Oberbürgermeister des niederbayerischen Regierungssitzes, Josef Deimer, 47, daß „wohl an die neunzig Prozent“ seiner knapp 60 000 Bürger für das Kraftwerk und gegen das Regensburger Urteil stehen.

Zu den Pikanterien der wiederbelebten Konfrontation gehört die erfrischende Dickfelligkeit des christsozialen Stadtoberhaupts, sich von dieser Zahl nicht beeindruckt zu lassen. Deimer, von Hause aus Ingenieur, ist die Nuklearenergie zuwider. Er hält sie für unverantwortlich – „aus ideologischen Gründen“.

Ganz generell möchte der Landshuter Rebell (der bisweilen auch schon mal wider Franz Josef Strauß aufbegehrt) „nicht noch tausend Generationen nach uns mit der Bewachung von Plutonium belästigen“. Im besonderen aber sieht er die Region als „hoffnungslos überladen“ an.

Das ist sie auch. Nirgendwo in der Bundesrepublik ballen sich atomare Großanlagen augenfälliger als am Südufer der Isar im östlichen Hinterland der ehemaligen freien Reichsstadt.

„Ohu 2“, das innerhalb von neunzehn Monaten bereits bis zur Bodenkalotte des Sicherheitsbehälters gedieh, ehe das

Verwaltungsgericht jetzt den Baustopp verfügte, ist das Kraftwerk „Ohu 1“ vorangegangen. Und beiden, wenige Kilometer flußabwärts, der Schwerwasserreaktor von Niederaichbach – ein Problembündel für sich.

Dem teuren Flop, einem Werk, das seit 1974 (nachdem es gerade insgesamt achtzehn Tage Strom geliefert hatte), als Ruine im sogenannten gesicherten Einschluß vor sich hinstrahlt, gilt in der Branche weltweit hohe Aufmerksamkeit.

Zum ersten Male, vermutlich beginnend mit Ende dieses Jahres, wird ein Leistungsreaktor bis auf den Grund geschleift werden. Wissenschaftler aus den USA, der Sowjet-Union und Japan haben sich angesagt, um wichtiges Abbruch-Know-how zu ergattern. Technisch, macht man sich Mut, sei die Zerlegung wohl zu bewältigen. Nur: Wohin mit den kontaminierten Eingeweiden?

Die Bevölkerung hätte also Anlaß, sich Gedanken zu machen. Um so mehr, als im nahen Gröninger Forst in Bälde auch noch ein Nato-Munitionsdepot angelegt werden soll.

Doch das Landshuter Umland ist nicht Brokdorf, Wyhl oder Biblis, und bloß ein versprengtes „revolutionäres Potential“ – ein paar Spontis, einige „Münchener Intellektuelle“ – stört da die Kreise der Nukleartechnologen. Die Anti-AKW-Bewegung zum Beispiel von Niederaichbach hat sich so auf einen etwas nostalgischen Drei-Mann-Stammtisch in der „Moosmühle“ reduziert.

Was soll's auch, es läuft doch, wie man mit einigem Goodwill unschwer erkennen könnte. Ist „Ohu 1“ in seiner von nahezu allen Mucken freien Verfügbarkeit nicht erst im letzten Jahre – was die Kraftwerk Union (KWU) mit dem Stolz eines Rekordhalters vermerkt – „Weltmeister“ geworden?

Seinerzeit, vor einem Jahrzehnt, als die Anlage in die Wiesen gesetzt wurde, war es ja in der Tat noch so, daß die einheimischen Zuliefererbetriebe verschämt ihre Firmenembleme von den Lastwagen spritzten. Heute darf sich der KWU-Repräsentant vor Ort, der Oberbauleiter Bernhard Dick, für ihr Engagement bedanken, mit dem sie sich in die Arbeiter-Demo einreihen und „tapfer ihre Transparente hochhielten“.

Nein, eine machtvolle Strömung ist das gewiß nicht, die da im Landshuter Lokal „Zum Leiderer“ mit Gitarrengeklimmer und Jokus, den ein Kabarettist besorgt, in einer von der Mehrheit als geschmacklos empfundenen Siegerfete den Triumph der Bäuerin Franziska Beck auskostet.

Die Fronde gegen zweimal Ohu und einmal Niederaichbach läßt sich eher als das Beharrungsvermögen einiger weniger ausmachen: vornehmlich als das Widerstandswerk eines stillen 44-jährigen Rechtsanwalts, Thomas von Täufler, linker Flügelmann der Landshuter Getto-SPD und nach eigener Definition Epplerianer; „Atompilz“ nennt man ihn

seither ziemlich gehässig, seines kleinen Wuchses wegen.

Die wahren Gegenspieler sitzen für die Kraftwerksbetreiber nun erst mal in Regensburg. Was da von der „höheren Gewalt“ (Dick) für Recht erkannt wurde, will auch seinen Namensvetter, den bayrischen Umweltminister, nicht ruhen lassen.

Zumal für Freistaatverhältnisse hat sich in Regensburg auch Unerhörtes begeben. Nie zuvor in der Republik ist von einem Verwaltungsgericht riskiert worden, ein atomares Projekt zu einem Zeitpunkt lahmzulegen, da schon 1,5 Milliarden Mark verbaut und andertausend Arbeitskräfte gebunden waren.

Nie hat die Justiz einem Ministerium derart unverblümt Schlamperei vorge-

Der Oberbürgermeister Josef Deimer – in Landshut von Landshutern, wie er schmerzlich registriert, „ausgepiffen“ – glaubt das nicht. Zwar hat auch er das Regensburger Urteil trotz als „einen Sieg des Rechtsstaates“ begrüßt, aber der macht ihn gleichwohl wenig froh, „weil sich die normative Kraft des Faktischen mit Sicherheit durchsetzen wird“.

Ganz so kühn mag sich der Kommunalpolitiker für seine Grundüberzeugung nun doch nicht in die Bresche werfen, daß er aus dem Entscheid neue Widerstandskraft bezöge. Rechtsstaatsurteil hin oder her, wenn es sich so an der vermeintlichen Wirklichkeit stößt und nur immense Kosten verursacht.

In Ohu wurde sorgfältig gebaut „wie immer“, sagt der Kranführer Eike Reker, und der ist in Sachen Kernkraftwer-



Bäuerin Franziska Beck, Polizeibewachung: „1 500 000 000 Mark sind kaputt“

halten wie diese in Regensburg mit der vernichtenden Anmerkung, die Behörde habe ihren eigenen Genehmigungsbescheid „nicht mehr überblickt“.

Verbohrtheit eines weltfremden, unter Umständen gar schon etwas angegrüneten Gerichts, das – zum täglichen Stillenpreis von einer Million – auf „Formalien“ herumhackt und spätestens in einem halben Jahr von höherer Instanz widerlegt werden wird? So sehen es die Betreiber, indem sie „letztendlich auf ein gutes Urteil hoffen, weil das immer so war“ (Beuerle).

Täufler und Gefolgsleute setzen auf den „Wyhl-Effekt“ – Filibustern, Hinhalten ist für sie alles. Zwei, drei Jahre höchstens, mutmaßt der Anwalt, dann werde „Ohu 2“ zu den Akten gelegt werden können. Die einstmals euphorisch sich tummelnde „Atomscene“ habe ihren Zenit ohnehin überschritten.

ke ein alter Hase und Globetrotter. Schließlich sei auch zu fragen, „warum man eigentlich die Arbeiter schlauer machen sollte, als sie in diesem Fall sind“.

Gleich nach dem Regensburger Beschluß sind Kollegen ins Gestänge ihrer Kräne gestiegen, um zum Zeichen einer einhelligen Empörung schwarze Tücher zu kneten.

Wenn nicht ein kleines Wunder geschieht und die unverzüglich eingelegte Beschwerde gegen den Entscheid noch in dieser Woche durchgreift, wird es überschlänglich sechs Monate dauern, bis an dem abgebrochenen Riesen – sofern überhaupt – weiterbetoniert werden kann.

Dann hofft auch der Eisenflechter Marko auf das von der Werksleitung versprochene Telegramm: „... hat sie gesagt, wenn Gerichtsboykott überwunden ist“.